



WWF *for a living planet*

# Internationale Klima- schutzpolitik

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2009

## Für ein ehrgeiziges Kioto-Nachfolgeabkommen – für einen Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel

### Vorschlag für eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung:

Deutschland wird weiter Motor bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen sein und sich dafür einsetzen, dass die EU und die anderen Industriestaaten ihrer Hauptverantwortung für den Klimawandel gerecht werden. Auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 werden wir uns dafür einsetzen, dass gemeinsam mit den Schwellen- und Entwicklungsländern ein Nachfolgeabkommen für das Kioto-Protokoll verabschiedet wird, welches sicherstellt, dass die globale Erderwärmung unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau gehalten werden kann und die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels abgewendet werden können.

Wir streben an, dass die EU und alle anderen Industriestaaten sich zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 verpflichten. Für Deutschland werden diese Ziele in einem Klimaschutzgesetz verbindlich regeln und die jeweiligen Schritte in einem Klimaplan festlegen. Wir werden außerdem darauf hinwirken, dass auch die Schwellen- und Entwicklungsländer mit Unterstützung der Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber einem „Business-as-usual-Szenario“ bis 2020 mindern. Um das Erreichen dieses Zieles möglich zu machen, werden sowohl finanziell als auch durch Technologie- und Know-How-Transfer einen maßgeblichen Beitrag leisten, der Deutschlands Verantwortung und Wirtschaftskraft gerecht wird.

### Worum geht es?

Im Dezember 2009 soll auf der UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen ein Nachfolgeabkommen für das Kioto-Protokoll verabschiedet werden, dessen erste Phase 2012 ausläuft. Die Verabschiedung eines ehrgeizigen Nachfolgeabkommens gilt als Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel.

Zentrale Punkte der Verhandlungen in Kopenhagen werden sein:

- Die Entwicklung einer gemeinsamen kohlenstoffarmen/-freien Zukunft;
- die Festlegung von absoluten Reduktionszielen der Industrieländer bis 2020 gegenüber 1990 und die Beiträge von Schwellen- und Entwicklungsländer zur Senkung ihrer Treibhausgasemissionen gegenüber einem Business-as-usual-Pfad;
- die Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer durch die Industrieländer bei der Anpassung an den Klimawandel und den Minderungsanstrengungen durch Finanz- und Technologietransfer;
- Regelungen zum Stopp der Entwaldung vor allem der Regenwälder.

Neueste Erkenntnisse der Klimaforschung empfehlen den Anteil der Treibhausgase in der Atmosphäre wieder auf 350 ppm (parts per million) zurückzuführen, wenn die Zwei-Grad-Schwelle nicht überschritten werden soll. Deshalb müssen die weltweiten Treibhausgasemissionen weit vor 2020 ihren höchsten Punkt erreichen und bis 2050 global um 80 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Dafür müssen die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 95 Prozent reduzieren. Aber auch die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen ihren Beitrag leisten und ihre Treibhausgasemissionen gegenüber einem „Business-as-usual-Szenario“ bis 2020 um 30 Prozent senken.



Deutschland spielt hier als größtes Land in der EU eine ganz zentrale Rolle. Mit ihrem starken Engagement für den Klimaschutz auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 konnte die Bundesregierung ihre Rolle als treibende Kraft beim internationalen Klimaschutz untermauern. Seitdem stockt der deutsche „Klimaschutzmotor“ gewaltig. Auf der UN-Klimakonferenz in Poznan im Dezember 2008 wurden die Europäer als handlungsunfähig wahrgenommen und dafür von vielen Staaten scharf kritisiert. Mit dem neuen US-Präsidenten Barack Obama ist eine neue Dynamik in die internationalen Verhandlungen gekommen. Zudem hat sich die britische Regierung im weltweit ersten Klimaschutzgesetz zu einer verbindlichen Senkung ihrer nationalen Treibhausgasemissionen um 80 Prozent bis 2050 verpflichtet.

### **Forderungen des WWF Deutschland**

- **Wir fordern daher von der neuen Bundesregierung,**
- sich im Rahmen eines deutschen Klimaschutzgesetzes zu einer verbindlichen Senkung der deutschen Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 zu verpflichten;
- einen „Klimaplan 2050“ vorzulegen, der nachvollziehbar zeigt, wie Deutschland seine Emissionen bis 2020 um mindestens 40% und bis 2050 um mindestens 95% gegenüber 1990 reduziert;
- darauf hinzuwirken, dass die Industriestaaten gemeinschaftlich bis 2020 ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 verringern und sie bis 2050 gemeinsam praktisch auf Null zurückführen;
- zu ermöglichen und darauf hinzuwirken, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer mit Unterstützung der Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber einem „Business-as-usual-Szenario“ bis 2020 mindern;
- darauf hinzuwirken, dass die Industrieländer die Schwellen- und Entwicklungsländer jährlich bei der Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen und dementsprechend wirksame Mechanismen zum Technologie- und Finanztransfer verabschieden; Deutschland muss entsprechende Mittel bereitstellen.
- sich dafür einzusetzen, dass 100 Prozent der Einnahmen aus dem Emissionshandel in konkrete Klimaschutzmaßnahmen fließen; Deutschland soll hier mit gutem Beispiel vorangehen.
- für eine massive Aufstockung der finanziellen Mittel für den internationalen Waldschutz zu werben, insbesondere, um eine schnelle und wirksame Einbeziehung der Reduzierung von Emissionen aus der Waldvernichtung (REDD) in die Kioto-Nachfolgevereinbarung zu ermöglichen. Deutschland muss auch hier entsprechende Mittel bereitstellen.